

Der Tabak-Arbeiter

Organ der Tabakarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands

Der Tabak-Arbeiter erscheint wöchentlich jeden Sonnabend und ist durch alle Postanstalten zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt 1.50 Mark für das Vierteljahr ohne Bringerlohn.

Inserate müssen bis Montag mittag in unserer Expedition aufgegeben sein. Der Anzeigenpreis beträgt 35 Bfg. für die 6spaltige Zeile. Der Beitrag ist im voraus zu entrichten.

Nr 3

Sonntag den 18. Januar

1914

Die „bewährte Wirtschaftspolitik“.

Wenn man weiß, wie korumpierend der Besitz und die Profitgier auf die „oberen Zehntausend“ wirkt und von dort aus das Beispiel verderblich weiter wirkt, dann muß man zu der Auffassung gelangen, daß hier nur mit eisernem Besen ausgefegt werden kann. Es macht nicht den geringsten Eindruck auf einen modernen Kapitalisten, wenn durch seine — natürlich auf größeren Profit gerichteten Maßnahmen eine Anzahl anderer Menschen dem größten Elend ausgesetzt sind. Wirkt eine solche kapitalistische Aktion aufsehenerregend, dann zeternt mitunter auch ein Teil der bürgerlichen Presse darüber, ohne jedoch auf den Kern der Sache einzugehen. Mit einem kurzen Raisonnement glaubt sie ihrer publizistischen Pflicht genügt zu haben, dann läßt sie ruhig Gras über die Sache wachsen.

In der Regel ist es jedoch so, daß dieselbe gelegentlich rassistierende bürgerliche Presse im Dienste des Kapitalismus nicht nur gegen Forderungen geifert, die der kapitalistischen Klassensucht die Klauen verschneiden sollen, sondern sie erleichtert den Beutelschneidern die Ausraubung des arbeitenden Volkes direkt, wie z. B. bei dem Zollwucher. So tut jetzt schon wieder diese Presse ins Horn der Zollwucherer, indem sie ebenso unwissend wie dreist die Forderung der Zollwucher nachplappert, es müsse „an unserer bisher bewährten Wirtschaftspolitik“ festgehalten werden.

Regierungsmänner, Agrarier und industrielle Ausbeuter führen bei jeder Gelegenheit diese Phrase im Munde, weil sie und nur sie von diesem „bewährten Wirtschaftssystem“ Vorteil haben, Vorteil auf Kosten der Massen. Die Hölle speisen die Regierungskassen, mehr noch die Taschen der agrarischen und industriellen Ausbeuter. Darum sind sie alle bemüht, einen neuen Pakt zur weiteren und stärkeren Ausraubung der Massen zu schließen, wenn in zwei Jahren mit der „Revisión des Zolltarifs“ für den Abschluß neuer Handelsverträge begonnen werden soll.

Welch profitsteigernde Wirkung der Zollwucher für die Großgrundbesitzer gehabt hat, das zeigt eine uns vorliegende lange Liste über die gewaltige Steigerung der Güterpreise in den letzten Jahren. Hunderttausende und Millionen sind bei dem Verkauf einzelner größerer Güter im Handumdrehen gewonnen worden. Die Preissteigerung des Grundbesitzes ist dem künstlich durch den Zollwucher gesteigerten Ertrag der Bodenerwirtschaft angepaßt. Vor mehr als hundert Jahren sagte der englische Nationalökonom Adam Smith, es sei eine Torheit, zu sagen, das Ausland trage den Zoll, trotzdem hat man uns diese Torheit in allen Tonarten einzupauken versucht und man wird es auch wieder tun. Das arbeitende Volk jedoch spürt es, wer den Zoll tragen muß: Die Steuerung, die seit der Inkraftsetzung des Zolltarifs von 1903 wächst, erfordert von den arbeitenden Klassen jährlich Milliardenopfer. Die künstlich gesteigerten Preise müssen die Arbeiter bezahlen; die hohen Preise steigern den Ertrag aller Waren, also auch den der Bodenerwirtschaft.

So lange die arbeitenden Klassen diese gesetzlich garantierte Ausbeutung ohne ernststen Widerstand über sich ergehen lassen, ist sie für die besitzenden Klassen ein einträgliches, sich glatt und ruhig vollziehendes Geschäft. Erdönen Klagen über Steuerung, stimmen sie nicht selten heuchlerisch noch mit ein, beschuldigen das Ausland, heizen gegen den Zwischenhandel, oder dreheln Nebensarten über die allgemein ungünstig liegenden Verhältnisse und waschen ihre Hände in Unschuld. Dabei sädeln sie den ergaunerten Profit schmunzelnd ein. Tritt der Unmut über die zollwucherische Ausbeutung stärker hervor, wie es bei der anhaltenden Steuerung selbstverständlich ist, und steht zu befürchten, daß er bei der künftigen Revisión, d. h. Steigerung des Zollwuchers störend wirken könnte, dann werden die Zollwucherer mild und verlangen die Niederknüppelung der murrenden Massen.

Agrarische und industrielle Ausbeuter und Zollwucherer wissen, warum sie Ausnahmegesetze gegen die Arbeiter fordern. Die Arbeiter tragen die Lasten des Zollwuchers. Sie leiden unendlich unter der künstlichen Steigerung der Warenpreise. Selbst die Krise und die Arbeitslosigkeit wird durch die Zollwucherei verstärkt und verschärft. Die Kaufkraft der Massen ist geschwächt. Alles, was die Massen entbehren müssen, bleibt ungekauft liegen, vermehrt die Stapellager. Geschäftsstockung, Arbeitslosigkeit muß also die Folge des „bewährten Wirtschaftssystems“ sein. Das Elend geht bei Tage bloß. Hunger treibt zur Empörung. Greulich ist diese Rückseite der Medaille. Nur ihr sieht das Auge der Volksausbeuter jedoch fast vorüber. Und die empörten Massen soll rücksichtslose Gewalt niederrücken.

Wird es gelingen? Die bürgerliche Presse reicht dazu mit wenigen Ausnahmen jetzt schon die Hand. Sie ist das Sprachrohr der Parteien, die den Volkstraub systematisch betreiben und die Gesetzgebung dazu mißbrauchen. Sicher werden sie im Reichstag den neuen Volkstraub durchzubrodeln suchen. Man kann das aus ihren Vorbereitungen ersehen.

Alles, was die Vertretung der Arbeiter innerhalb und außerhalb des Parlaments schwächen kann, wird in Angriff genommen. Dagegen müssen sich die Arbeiter nicht bloß wehren, sondern Vorsorge treffen, daß sie stürmend die Gegner überrennen können.

Gelänge es, die Arbeiter zu fesseln, um so leichter wird der neue Zollraub ausgeführt werden können. Käme er, dann freilich mit ihm auch die Verschärfung der Klassenkämpfe, wie sie eine Folge des Zollwuchers von 1903 sein mußte. Steigerung der Warenpreise vermehrt die Lohnkämpfe. Die Arbeiter müssen höhere Löhne haben, das Unternehmertum verweigert sie, also ist der Widerstreit, der Kampf unvermeidlich. Wird aber durch den Kampf der Profit bedroht, dann haut alles — Polizei, Gerichte, Ausbeutertum und kapitalistische Presse — im Namen des Kapitalismus auf die kämpfenden Arbeiter ein. Und da sollen die Arbeiter nicht spüren, daß sie stets die Betrogenen und Unterdrückten sind!

Wenn wir so die Wirkungen und Folgen des „bewährten Wirtschaftssystems“ übersehen, dann kommt uns die bürgerliche Gesellschaft wie ein vom Wahnsinn gezeichnetes und erhaltenes Gebilde vor. Denn verständige Menschen müssen sich doch sagen, daß solche Wirtschaft nicht mehr lange aufrecht erhalten, geschweige denn noch weiter von einer vor Profitgier verrückt gewordenen Kapitalistenklasse gesteigert werden kann. Freilich hängt alles davon ab, wie tief dieses Verständnis in die Massen gedrungen ist. In Betörungen der Massen läßt es die Zollwuchersippe nicht fehlen. Einmal aber werden alle Betörungen nichts helfen, einmal wird der Stumpf sinn und die Gleichgültigkeit dem Verständnis weichen müssen, daß nämlich keine Ausbeutung mehr geduldet werden darf.

Missgeschick der Christlichen.

Just grade am Tage vor dem Kölner Prozeß hatte der Erzbischof von Köln, Dr. v. Hartmann, an die Vorstände katholischer Arbeitervereine eine Ansprache gehalten, die von der „Kölner Richtung“ resp. den christlichen Gewerkschaften so ausgelegt wurde, als habe der Erzbischof eine Empfehlung der christlichen Gewerkschaften ausgesprochen. Natürlich besaßen sich die Presse der „Kölner Richtung“, dies gründlich auszunutzen und noch während des Kölner Prozesses übte die Auffassung, als habe der Erzbischof eine den christlichen Gewerkschaften günstige Interpretation der päpstlichen Enzyklika singulari quadam unternommen, ihre Wirkung nach verschiedenen Seiten, so daß man sogar annehmen konnte, der Erzbischof habe den christlichen Gewerkschaften helfend beizutreten wollen.

Aber die Freude der Christlichen dauerte auch in diesem Falle nicht lange. Der Erzbischof sandte der „Kölner Volkszeitung“ eine Epistel, die sich die Christlichen kaum hinter den Spiegel stecken werden; sie lautet folgendermaßen:

„Die Ansprache, welche ich am 18. vorigen Monats an die Präses der katholischen Arbeiter- und Knappenvereine des Erzbistums gehalten habe, ist hier und da in der Presse so aufgefaßt worden, als hätte ich mich, indem ich die Förderung der christlichen Gewerkschaften unter meinen Verhältnissen empfahl, in Widerspruch gesetzt mit der Enzyklika singulari quadam, die die wirtschaftlichen Arbeitervereinigungen auf katholischer Grundlage auf jede Weise gefördert wissen will, während die auf gemischter Grundlage nur geduldet sind. Ich glaube, überzeugt sein zu dürfen, daß niemand von denen, die meine Ansprache hörten, sie so verstanden, daß es mir lediglich darum zu tun war, unsere katholischen Arbeiter vor der drohenden Gefahr sozialistischer Verführung und vor dem damit unvermeidlich verbundenen Abfall vom Glauben zu schützen. Darum habe ich, weil wir hier in unserer Gegend keine katholischen Arbeiterorganisationen besitzen, die Präses angehalten, den Eintritt der katholischen Arbeiter in die christlichen Gewerkschaften zu fördern. Auf die Gefahren, die mit diesen Verbänden sind, habe ich nachdrücklich hingewiesen und zugleich auf das eindringliche eingeschärft, daß sie die Pflicht hätten, nach den Weisungen des Heiligen Vaters Sorge zu tragen, daß die katholischen Mitglieder der christlichen Gewerkschaften unsern Arbeitervereinen beitreten. Darin liegt der Schwerpunkt meiner ganzen Ansprache. Die christlichen Gewerkschaften auf Kosten der katholischen wirtschaftlichen Organisationen zu empfehlen, hat mir gänzlich ferngelegen. Hinsichtlich der Bewertung heider in Theorie und Praxis bleibt für jeden Katholiken die päpstliche Enzyklika selbstverständlich maßgebend. Das von mir betonte „in necessariis unitas“ — treues Festhalten an den Vorschriften des Heiligen Stuhles — gilt auch hier.“

Allerdings sieht diese Epistel einer Entschuldigung sehr ähnlich, und ob der Erzbischof vielleicht erst zurückgehust ist, nachdem er von höherer Seite auf das „Mißverständnis“ seiner Rede aufmerksam gemacht worden ist oder ob sie nun, nachdem sie ihre verwirrende Wirkung getan, aus eigener Initiative von ihm selbst anders interpretiert wurde, das mag eine Frage bleiben. Aber nach dieser christlichen Interpretation ist sie für die Christlichen, die erst jubelten, ein kalter Wasserstrahl. Es bleibt dabei —

was auch im Kölner Prozeß über die Enzyklika von den Christlichen zusammengefaßt worden ist — die katholischen Arbeitervereine werden in ihr empfohlen, dagegen die christlichen Gewerkschaften nur geduldet. Mit andern Worten, die christlichen Gewerkschaften hängen in der Luft, ein Federstrich von Rom kann ihnen das Lebenslicht ausblasen.

Nun vergleiche man mit dieser Tatsache die Großsprecheri der Stegerwald, Imbusch usw., daß die christlichen Gewerkschaften unabhängig seien; daß sie es ablehnten, Geistliche als Vormund in wirtschaftlichen Dingen zuzulassen; Geistliche hätten sich in gewerkschaftliche Angelegenheiten nicht einzumischen, oder was sonst noch alles gesagt wurde, und man wird finden, daß die christlichen Gewerkschaftsführer gehörig aufgeschnitten haben, um den ungünstigen Eindruck der Enzyklika auf die Mitglieder abzuwachen.

Die Enttäuschung ist aber für die Christlichen eine noch größere, weil die „mißverständene“ Rede des Kölner Erzbischofs die „Berliner Richtung“ aufgebracht hat, die nun um so mehr gegen die Christlichen aufschäumt. So tagte eine Generalversammlung des katholischen Arbeitervereins in Trier, in der sich der Domkapitular Stein, die rechte Hand des Bischofs Korum, in schärfer Weise gegen die Medien und Besehlisse auf dem von den Christlichen arrangierten 3. Arbeiterkongreß wandte. Die katholischen Vereine, so führte er aus, hätten die „höchste Billigung“, die kommen könne. Wenn die Anträge des katholischen Verbandes von den christlichen Gewerkschaften abgelehnt worden seien, weil sie von einem „anderen grundsätzlichen und sittlichen Standpunkt“ ausgingen, so sei also ihr Standpunkt nicht der katholische, von der Kirche, vom Papst und den Bischöfen geforderte. Das gestanden sie jetzt offen ein!

Der Arbeiterssekretär Bull-Kattowich erhob ähnliche Vorwürfe. Die Vertreter des katholischen Verbandes seien verpflichtet gewesen, ihren Standpunkt darzulegen, da nur die katholischen Organisationen nach der Entscheidung des heiligen Vaters gefördert werden sollten. Während man es ihnen verübeln hätte, daß sie die Enzyklika angezogen hätten, konnten sie die evangelischen Teilnehmer ungehindert auf „kirchliche Autoritäten“, einen Stöcker und Munz (!) berufen. Bei der Verteidigung seiner Weltanschauung leistete sich Herr Bull folgenden hübschen Satz: „Dem kranken Gesellschaftskörper müsse gesundes Blut zugeführt werden. Dieses gesunde Blut seien die Grundsätze der Kirche, nicht die Grundsätze einer sogenannten Humanität, sondern die der wahren Gerechtigkeit und christlichen Nächstenliebe.“

Daß Herr Bull die Christlichen einer „sogenannten Humanität“ bezichtigt, ist recht ergötzlich, nur hat er recht, wenn er meint, die Grundsätze dieser „sogenannten Humanität“ seien nicht die Grundsätze der Kirche. So werden die Christlichen von ihren Mitgläubigen charakterisiert.

Doch es kommt noch schlimmer. Selbst unter den Christlichen greift der Zwist um sich. Die christlichen Gewerkschaften in Trier hatten nämlich ebenfalls eine Generallversammlung, in der es zu heftigen Auseinandersetzungen über die Verhandlungen auf dem Berliner Kongreß gekommen ist, die mehrere Stunden andauerten. Sie sind so mißlicher Art gewesen, daß man nichts davon an die Öffentlichkeit gebracht hat. Zweifelloß wird die päpstliche Enzyklika noch ganz andere Wirkungen haben, der Streit im ultramontanen Lager nimmt seinen Fortgang. Und sollte die Berliner Richtung dabei der Hilfe bedürfen, so kann sie auf Rom rechnen, das den Christlichen „nicht grün“ ist.

Im Kölner Prozeß brachte Imbusch noch damit, daß die christlichen Gewerkschaften keine Existenzberechtigung hätten, wenn sie der Sozialdemokratie gegenüber neutral sein wollten, sie seien zum Kampf gegen die Sozialdemokratie gegründet worden. Du lieber Himmel! Mit Mühe und Not können die armen Schlucker die Existenz der christlichen Gewerkschaften gegen ein Wort von Rom kaum aufrechterhalten. Da sollen sich die Sozialdemokraten vor ihnen fürchten und glauben, diese armen Teufel könnten die Sozialdemokratie vernichten? O heilige Einfalt!

So unruhig die Stellung der christlichen Gewerkschaften schon in den Augen vieler ihrer mitgläubigen Katholiken ist, noch unruhiger ist sie in der ganzen Öffentlichkeit, da sie hier um die Rolle der Arbeiterzerspaltener spielen.

Wie lange noch?

Rundschau.

Der nächste Internationale Sozialistenkongreß findet am 23. August 1914 in Wien statt. Zur Behandlung kommen folgende Fragen: Arbeitslosigkeit, Steuerung, Alkoholismus, Imperialismus, wobei als Nebenfrage die der internationalen

ten Schiedsgerichte behandelt werden soll, und schließlich das vom Kopenhagener Kongress übernommene Amendement Peir Gardie-Vaillant, das den Streit im Kriegsfall betrifft. Referenten sind: über den Imperialismus: Haase, Peir Gardie und Jaures; über die Leuerung: Webb und Bauer; über den Alkoholismus: Wandervelde und Wurm; über die Arbeitslosigkeit: Mollenbuhr, Macdonald und Vaillant; über die russischen Gefängnisregeln, die ebenfalls zur Sprache gebracht werden sollen: Presse.

Der erste Kongrestag soll der fünfzigjährigen Wiederkehr der Gründung der ersten Internationale gelten.

Der sozialdemokratische Frauentag findet laut Beschluß des Parteivorstandes und Parteiaussschusses in Deutschland dieses Jahr am 8. März statt. Er leitet eine "Rote Woche" ein, die der Agitation für die sozialistischen Ideen und der Stärkung der Parteiorganisationen dienen soll. Wo die örtlichen Verhältnisse es nicht gestatten, daß unser Frauentag am 8. März stattfindet, kann die Kundgebung auf ein anderes Datum innerhalb der "roten Woche" verlegt werden. Die leitenden Instanzen sind bereits am Werk, um den Frauentag gut vorzubereiten. Das wird wie in den früheren Jahren insbesondere auch durch Veröffentlichungen in der sozialdemokratischen und gewerkschaftlichen Presse geschehen.

Sachverständigen-Beiräte. Die Großindustrie klagt lebhaft darüber, daß sie im Reichstag nicht ihrer wirtschaftlichen Bedeutung entsprechend vertreten sei und deshalb keinen erheblichen Einfluß auf die Gesetzgebung ausüben könne. Der nationalliberale Abgeordnete Wassermann, der in einem großindustriellen Kreis Saarabens gewählt ist, nimmt zu diesen Fragen in der "Deutschen Wirtschaftszeitung" Stellung. Er führt aus:

Der zunächstliegende organisatorische Gedanke wird der sein, ob es richtig und notwendig ist, eine Instanz zu schaffen, welche Gesetzentwürfe in Handels- und Gewerbe-sachen vor ihrer Einbringung im Reichstag zu durchlaufen haben. Es müßte dies eine Zentralorganisation sein, in welcher Handel, Industrie und Gewerbe von ganz Deutschland seine Vertretung findet. Dieses sachverständige Gremium wäre in der Lage, Ausschüsse für die einzelnen Gesetzesmaterien zu schaffen. Man wird dabei an einen Ausbau des wirtschaftlichen Ausschusses denken können. Ich würde eine solche Instanz für eine glückliche Schöpfung halten.

Eine solche Instanz besteht bereits, es ist der "Wirtschaftliche Ausschuß", der bei Zoll- und Handelsvertragsfragen gutachtlich gehört wird. Die Interessen der verarbeitenden Industrie sind aber vielfach denen der Industrie der Rohmaterialien entgegengesetzt, so daß die bisherigen Arbeiten dieses Ausschusses wesentliche praktische Ergebnisse nicht erzielt haben. Ob das bei einem weiteren Ausbau dieser Institution anders werden wird, erscheint recht zweifelhaft. Der Vorschlag Wassermanns trifft übrigens das gar nicht, was von den lautesten Äußern im Reichstag, dem Zentralverband deutscher Industrieller einen entscheidenden Einfluß, besonders auch in Fragen der Sozialpolitik, einzuräumen. Abgeordneter Wassermann schlägt dann weiter vor, im Reichstag nach dem Muster der Budgetkommission eine ständige Kommission für Handel und Gewerbe zu bilden. Den einzelnen Fraktionen wird außerdem empfohlen, auch ihrerseits gewerbepolitische Ausschüsse einzusetzen.

Die sozialdemokratische Fraktion hat bereits einen solchen Ausschuß, der für das Plenum der Fraktion stets sehr wertvolle Vorarbeit geleistet hat. Wenn auch andere große Fraktionen solche Ausschüsse einsetzen würden, dann wäre das zweifellos von Vorteil für eine ebenso gründliche wie sachverständige Arbeit. Die bürgerlichen Parteien brauchen also nur dem sozialdemokratischen Vorbild zu folgen.

Wie das Vereinsgesetz beiseite gelassen wird. In Danziger Werder liegt weitest der Provinzialhauptstadt Westpreußens die Ortschaft Quadenbark. Dort sollte eine Versammlung stattfinden, um über Maßnahmen zu beraten, wie die von der letzten Sturmflut angerichteten Ueberflutungsbeschäden gutgemacht werden könnten. Der für Quadenbark zuständige Amtsvorsteher verbot jedoch die Versammlung mit folgender Begründung:

Sie haben es unterlassen, die polizeiliche Genehmigung, eine Volksversammlung abzuhalten, nachzusuchen.

Nach dem Versammlungsgesetz vom 11. März 1850 G. S. 277 werden Sie bestraft mit 5 bis zu 50 Mk., wenn Sie diese Versammlung abhalten.

Der Amtsdienier Wittkowski wird beauftragt, falls Sie die Versammlung eröffnen sollten, dieselbe sofort zu schließen.

Al.-Pfehnendorf, 5. Januar 1914.

Der Amtsvorsteher.
(Unterschrift.)

Das Verbot wäre selbst für den Fall ungeheuerlich, wenn das alte Gesetz von 1850 noch bestände. Aber seit nahezu sechs Jahren ist es zu den Toren getragen, und man sollte annehmen, daß in dieser Zeit eine Anzahl des Vereinsgesetzes auch ihren Weg in die Bibliothek des Amtsvorstehers von Klein-Pfehnendorf gefunden hätte. Dabei war kein laudstührender Sozialdemokrat, sondern ein königlicher Hofbesitzer der Einbräuer. Wenn bezüglichen unmittelbar vor den Toren einer Großstadt passiert, so kann man daraus ersehen, wie es dem ergehen würde, der abwärts der Herrstraße in den Wäldern der Kasubei oder der Tucher Heide eine Versammlung abzuhalten versuchte.

Preussisch-hessischer Eisenbahnterrorismus. Der Abgeordnete Weising (Soz.) hat im hessischen Landtage folgende Interpellation an die Regierung gerichtet: "In der Groß-Regierung bekannt, daß die Direktion Mainz der preussisch-hessischen Eisenbahnverwaltung den Bezirksvorsitzenden des Rheinlandes deutscher Eisenbahnhandwerker und Arbeiter (Eis. Berlin)" infolge seines Eintretens

für die Interessen der Bahndienststellen nach 15jähriger Tätigkeit entlassen hat? Ist die Groß-Regierung in der Lage und gewillt, bei der preussisch-hessischen Eisenbahnverwaltung Schritte zu unternehmen, um die Rechte der Arbeiter zu wahren?" — Da es sich hier um eine der gebildetsten Organisationen handelt, die ausdrücklich auf das Streikrecht verzichteten und deren Tagungen in der Regel von den bürgerlichen Abgeordneten aller Parteien besucht werden, so wird immerhin von Interesse sein, zu erfahren, welche Stellung die "nationalen" Parteien zu dieser Maßregelung einnehmen.

Arbeitslose in Sachsen. Bei der am 12. Oktober 1913 in Sachsen vorgenommenen amtlichen Arbeitslosen-zählung wurden im ganzen 18 720 Arbeitslose ermittelt, d. h. Personen, die arbeitswillig und arbeitsfähig, aber mangels geeigneter Beschäftigung oder aus sonstigen Gründen arbeitslos waren. Von ihnen waren 15 025 männlichen und 3695 weiblichen Geschlechts. Auf die Gesamtbevölkerung bezogen, betrug die Arbeitslosigkeit 0,38 pSt. gegen 0,23 pSt. im Jahre 1912 und 0,26 pSt. in den Jahren 1911 und 1910. Gegenüber 1912 hat die Arbeitslosenzahl um 69 pSt. zugenommen. Auf die fünf Städte Dresden, Leipzig, Chemnitz, Plauen und Zwickau entfallen 70 pSt. aller Arbeitslosen, nur 30 pSt. auf das übrige Königreich. Der weitaus größte Teil der männlichen Arbeitslosen war wegen Aufhörens der Saisonarbeit, schlechten Geschäftsganges oder Geschäftstillstandes beschäftigungslos (47 pSt.). Infolge freiwilliger Kündigung waren 22 pSt. aus ihrer Stellung geschieden. Das Hauptkontingent zu den männlichen Arbeitslosen stellen das Baugewerbe und die ihm verwandten Berufe (etwa 22 pSt.); die Textilindustrie hat ebenfalls mit 6 pSt. einen ziemlich hohen Anteil aufzuweisen. Auch unter dem kaufmännischen und dem technischen Hilfspersonal herrscht vielfach Stellenlosigkeit, da fast 9 pSt. der Arbeitslosen zu dieser Gruppe gehören.

Hierzu ist noch zu bemerken, daß die Mängel der amtlichen Zählung wiederholt gerügt worden sind und darum die Zahlen Anspruch auf Vollständigkeit nicht haben. Trotzdem ergeben sie eine starke Zunahme der Arbeitslosigkeit.

Der Reichstanzler und die Arbeitslosenunterstützung. Auf die von den Gemeinden Groß-Berlins an den Reichstanzler gerichtete Eingabe betreffend die Einführung der Zwangsversicherung gegen die Arbeitslosigkeit hat der Reichstanzler dem Magistrat von Berlin folgende Antwort zugehen lassen:

Die Eingabe der Groß-Berliner Gemeinden betreffend reichsgesetzliche Regelung der Zwangsversicherung gegen die Arbeitslosigkeit vom 18. November 1913 habe ich dem Herrn Staatssekretär des Innern zur Prüfung zugehen lassen. Die Angelegenheit ist aus Anlaß der Interpellation Albrecht und Genossen betreffend die Arbeitslosigkeit im Reichstage am 5. und 6. Dezember 1913 eingehend erörtert worden, die Stellungnahme der Reichsregierung ist dabei von dem Herrn Staatssekretär des Innern bargelegt, auf dessen Ausführung ich Bezug nehme.

Dieser Bescheid war zu erwarten. Nun ist es eben an den Gemeinden Groß-Berlins, Schritte zu tun, um die Not der Arbeitslosigkeit zu lindern und speziell die Stadt Berlin hat die Pflicht, den von sozialdemokratischer Seite eingebrachten Antrag, für diesen Zweck eine halbe Million bereitzustellen, so schnell als möglich anzunehmen.

Arbeitslosenunterstützung in Frankfurt a. M. Die Stadt Frankfurt a. M. hat nunmehr die städtische Arbeitslosenunterstützung eingeführt. Als Voraussetzung für Gewährung der Unterstützung wird gefordert, daß der Arbeitslose seit mindestens einem Jahr ununterbrochen hier gewohnt hat und nicht nur vorübergehend als Arbeitnehmer tätig war. Ferner muß der Arbeitslose einem Gewerbe angehören, auf Grund dessen ihm die Verrichtung städtischer Hilfsarbeiten nicht zugemutet werden kann. Die tägliche Unterstützung für unverheiratete Personen beträgt sieben Pfennig, für verheiratete eine Mark. Für Verheiratete kann die Unterstützung für jedes unverlorne Kind bis 16 Jahre um dreißig Pfennig bis zum Gesamtbetrage von 1,60 M erhöht werden.

Eine Verdächtigung der Berliner Arbeitslosen. In einer Notiz in der Volkswirtschaftlichen Korrespondenz wird den Arbeitslosen Berlins aus Anlaß des letzten großen Schneefalles der Vortour gemacht, sie gingen der Arbeit aus dem Wege, weil sich angeblich eine nicht zureichende Anzahl Leute zur Schneebeseitigung meldete. Diese Notiz ist von Berliner Blättern und auch anderwärts mit vielem Behagen übernommen worden. Auch der Lokalanzeiger beteiligte sich an dieser Verunglimpfung der Arbeitslosen. Er meint, daß gern noch 1000 bis 2000 Mann mehr hätten eingestellt werden können. Dann hätte es an verschiedenen Stellen nicht an Bestrebungen gefehlt, eine Erhöhung des 3 M betragenden Tagelohnes durchzusetzen, und erst als der Aufseher erklärt habe, dann bleibe der Schnee liegen, sei weiter gearbeitet worden. Ferner heißt es in diesem Blatte wörtlich: "Im Asyl wälen in der Nacht zum 1. Januar 4184, in der heutigen Nacht 4600 Mann. Man sieht: der Drang zur Arbeit ist im ganzen nicht allzu groß." Demgegenüber weist der Vorwärts unter Aufzählung der einzelnen Depots der Straßenreinigung darauf hin, daß viele Arbeiter, die sich als Schneeschöpfer meldeten, zurückgewiesen wurden. In der Reibstraße wurden von 150 Mann nur 10 an-genommen, in der Christianstraße von 300 Mann nur 90, in der Wiesenstraße waren auch 150 Mann übrig und so war es in Abstufungen auch an den anderen Stellen. Und das trotz dem Umstände, daß von der Straßenreinigung und der Straßenbahn am Mittwoch zusammen etwa 8000 Arbeitslose beschäftigt wurden. Der Berliner Magistrat ließ durch sein Nachrichtenamt mitteilen, daß die gewünschte Zahl Arbeitskräfte sich zur Verfügung stellte. Angesichts dieser Tatsachen sind die verdächtigen Darlegungen der verschiedenen Blätter gewissenlosere Verdrehungen des Sachverhalts.

Damit ist die Grundlosigkeit der Notiz dargelegt und die Verdächtigung der Arbeitslosen zurückgewiesen. Wenn von den Arbeitslosen der geringe Tagelohn hemmangelt worden ist, so kann dem nur zugestimmt werden. 3 M pro Tag ist kein Lohn für einen vollkräftigen Arbeiter, der obendrein bei dem Wetter in schlechtem Schutze arbeiten soll.

Eine Genossenschaft für Ledige. Am 1. Dezember vorigen Jahres ist in Hamburg eine Spielhaus- und Ledigenheim-Genossenschaft o. G. m. b. H. gegründet worden. Ueber die Ziele dieser neuen Genossenschaft, die inzwischen in eine rege Agitation zur Gewinnung von Mitgliedern eingetreten ist, wird geschrieben: Den Mitgliedern soll gutes, preiswertes Mittag- und Abendessen geboten werden. Trinkgeld und Trinkzwang sollen, weil sie den genossenschaftlichen Grundätzen widersprechen, ausgeschlossen sein. Versammlung, Bibliothek, Lesesaal und sonstige Einrichtungen sind zu beschaffen. Durch Bau von Ledigenheimen soll auch den Unverheirateten ein gemüthliches Heim bereitet werden. Jeglicher Kasernencharakter ist zu vermeiden. Sämtliche Artikel und Waren sollen, soweit zugänglich auf genossenschaftlichem Wege bezogen werden. Eine Gewinnbeteiligung der einzelnen Mitglieder ist nicht vorgesehen.

Das sind im wesentlichen die Formen, in welchen sich die neue Genossenschaft bewegen wird. Neben diesen soll vor allen Dingen auch genossenschaftliche Erziehungsarbeit geleistet werden.

Berichte.

Sandeshelm. Mitgliederversammlung vom 1. Januar 1914. Tagesordnung: 1. Abrechnung vom 4. Quartal; 2. Wahl der Ortsverwaltung; 3. Bericht der Kommission; 4. Wahl einer Kommission; 5. Beschlußes. Die Abrechnung wurde für richtig befunden und dem Kassierer Entlastung erteilt. Der 1. und 2. Bevollmächtigte wollten ihr Amt niederlegen; da aber die Versammlung schwach besucht war, erklärte sich der 1. Bevollmächtigte bereit, beide Posten bis zur nächsten Versammlung provisorisch weiter zu führen. Punkt 3 und 4 der Tagesordnung wurden bis zur nächsten Versammlung verschoben. Unter Beschlußes wurde von einigen Kollegen das Verhalten der Firma W. Jürgenzen & Co., Hamburg, scharf kritisiert. Die Firma hat ihren Betrieb am 31. Dezember 1913 hier gänzlich eingestellt; das haben die Arbeiter schon lange vorher geahnt und darum Herrn W. Jürgenzen, wie er im Oktober hier war, zur Rede gestellt. Wir hätten damals eine andere Filiale hierher bekommen können. Der Herr Jürgenzen gab uns zur Antwort, er dachte nicht daran, fortzugehen, er wolle vielmehr den Betrieb vergrößern. Der Meister hat uns mitgeteilt, daß Jürgenzen zu ihm gelangt hätte, er wolle jetzt seine Geschäftsbetriebe antreten; würde es gut gehen, so wolle er hier noch weiter fabrikieren lassen; gehe es nicht gut, so würde der Betrieb eingestellt. Am 20. Nov. 1913 kam dann auch die Kündigung und Sonnabend vor Weihnachten mußten sämtliche Arbeiter die Fabrik verlassen. Als Grund gab man schlechten Geschäftsgang an; und Penalarbeit könnten wir hier nicht machen, Formarbeit seien aber nur einige Sorten gangbar. Fünf Sorten würden hier aber nur gemacht. W. Jürgenzen und sein Meister haben zugegeben, daß wir gute Formarbeit liefern. Bei jeder Gelegenheit wurde uns gesagt, die Firma habe zu viele Zigarren auf Lager, daß sie zum Dache herausstehen, wir wolle die Arbeiter nur nicht entlassen. Dabei mußten verschiedene Arbeiter in den letzten 14 Tagen noch dreimal wechseln und Sorten machen, von denen das Lager angeblich überfüllt war; diese Sorten mußten jetzt per Eilgut fort. Drei Arbeiter wollten schon acht Tage früher aufhören, der Meister hat sie aber nicht fortgehen lassen, weil die Zigarren noch fertig müßten. Nun fragen wir: Warum hat W. Jürgenzen & Co. die Filiale hier weggelassen? Wenn doch das Lager überfüllt war, bräuchten wir doch keine Zigarren mehr zu machen, die per Eilgut fort müßten! Schlechter Geschäftsgang? Kann ja wohl sein. Wir wissen ganz gut, wie das so geht. Im vorigen Jahre um diese Zeit wurden Knaben und Mädchen zum Anlernen gesucht; es haben sich aber keine gefunden. Nach Pfingsten sollten Arbeiter entlassen werden, weil sie zu viel Tabak gebraucht haben sollten; es war aber kein großer Unterschied im Verbrauch, und wir müßten es als Maßregelung betrachten. Die Sache wird so sein: W. Jürgenzen hatte zum Meister gesagt, jedesmal, wenn ich komme, haben die Arbeiter etwas; die sind nie zufrieden. Und er hatte auch recht. Denn wie können die Arbeiter zufrieden sein, wenn sich ihre Lage verschlechtert? Neue Frazions wurden eingeführt mit niedrigeren Löhnen, ohne die Arbeiter zu fragen, was es dafür geben müsse. Es wurde der Lohn einfach festgesetzt, damit sollte es gut sein. Auch wegen der Richtung mußte die Kommission jeden Tag vorsteigen werden; es half mal auf einen Tag, dann war es wieder das alte Lied. Wenn wir die ganze Geschichte von der Gründung der Filiale bis zum letzten Tag beleuchten wollten, so hätten wir einen ganzen Tabak-Arbeiter voll zu berichten. Hierauf wurde die Versammlung geschlossen.

Schöned. Am 3. Januar fand unsere diesjährige Generalversammlung statt, welche zahlreich besucht war. Zum ersten Punkt gab Kollege Max Jah n den Jahresbericht und ließ alle Einzelheiten nochmals Revue passieren. Er gab seinem Bedauern Ausdruck, daß unsere Kasse im verflochtenen Jahre keinen Zuwachs an Mitgliedern hatte und forderte die Mitglieder zu regerer Agitation auf. Sodann gab Kollege Prager den Kassenbericht vom 4. Quartal. Die Einnahme und Ausgabe der Hauptkasse bilanzierte mit 505,55 M.; die der Lokalkasse mit 243,77 M. Die Abrechnung wurde vom Revisor Dendel für ordnungsgemäß befunden und wurde dem Kassierer Entlastung erteilt. Zum 3. Punkt der Tagesordnung, Neuwahl der Ortsverwaltung, wurden die Kollegen Max Jah n zum 1., Alfred Prager zum 2. und Paul Schreyer zum 3. Bevollmächtigten wiedergewählt. Als Neuwahl wurde der Kollege Dendel wieder- und die Kollegen Paul Gö h und Hugo Strobel neu gewählt. Beim Punkt Verschiedenes wurde beschlossen, daß demnächst eine öffentliche Tabakarbeiter-versammlung stattfinden soll, wozu möglichst ein auswärtiger Kollege das Referat zu übernehmen hat. Zeitpunkt und alles Nähere hierzu wurden der Ortsverwaltung überlassen. Um die Solidarität sowie Zweck und Ziel unseres Verbandes immer mehr unter die Massen der Tabakarbeiter von Schöned zu tragen, vertragen die anwesenden Mitglieder eine rege Agitation für diese Versammlung zu entfalten. Dem Kartell wurden aus der Lokalkasse 10 M als Beitrag zu den Kosten der Ausfühung der Ortsarbeitenklasse überwiesen. Ferner wurde beschlossen, ein Tabakarbeitervergütigen, bestehend in einem Langkränzchen, zu veranstalten.

Minden i. B. Generalversammlung vom 10. Januar. Die vom Kassierer Beer mann verlesene Abrechnung vom 4. Quartal bilanzierte die Einnahme und Ausgabe mit 2798,61 M. Unter den Ausgaben waren an 31 arbeitslose Mitglieder 300,45 M., an 23 erkrankte Mitglieder 227,20 M., an den Vorstand konnten 1200 M. gelangt werden. Die Lokalkasse bilanzierte die Einnahme und Ausgabe mit 1585,40 M. Dem Kassierer wurde Entlastung erteilt. Die Einnahme und Ausgabe der Hauptkasse im Jahre 1913 bilanzierte mit 11 776,43 M. Unter den Einnahmen befinden sich 1200 M. Zuschuß, unter den Ausgaben an arbeitslose Mitglieder 5002,25 M. (3783,45 M. mehr wie im Vorjahre), an Kranke Mitglieder 2243,05 M. (879,30 M. mehr wie im Vorjahre), an den Vorstand sind 2800 M. gelangt. Aus der Lokalkasse wurden noch an arbeitslose Mitglieder 751,60 M. im Jahre 1913 gezahlt. Der Mitgliederbeitrag betrug am Schlusse des Jahres 401, davon 101 weibliche. Wir haben einen Verlust von 86 Mitgliedern zu verzeichnen, die teilweise zu anderen Verbänden übergetreten, abgewandert sind oder mit Renten gestrichen werden mußten. In die Ortsverwaltung wurden die Kollegen G. Gerkemer als 1., H. Beer mann als 2., W. Delmink als 3. Bevollmächtigter einstimmig wiedergewählt. Als Neuwahl wurden die Kollegen Fr. Döppel und W. Schömann gewählt. Das vor einer lombardierten Einnahme ausgearbeitete Statut für die Lokalkasse wurde angenommen. Jedes Mitglied soll ein gebundenes Exemplar erhalten. Am 26. Januar findet hier eine öffentliche Versammlung

3% Kassaskonto
2% Extrarabatt
1% Umsatzprovision
Franko = Bahnversand

neben

Riesenauswahl, niedrigsten Preisen, reellster Bedienung sind Vorteile, die ich meinen Kunden biete.

≡ **Verlangen Sie Frankozusendung meiner Kataloge!** ≡

Berlin N 54, Brunnenstrasse 22

Heinrich Franck

Offerierte bis. hundert Zentner

Streit erstrebt wird: nämlich, dem Zentralverband deutscher

gemüchte fertige Zigarettenlage
 pro Pfund 95 A, bei Abnahme von 100 Pfund 90.— M. Franko
 Zusendung. Hochfeine Mischung zu 5 A-Zigaretten. 30. Preisliste gratis
 und franko. Versand nur unter Nachnahme. [13]

Bernhard R. Müller, Magdeburg, Fürstenwallstr. 9.
 Bestes Kaktus-Verkaufsgeschäft der Provinz. — Begr. 1886.

Wenn nicht
 la. p. Nachn.
 rechnet!
 Ein. 1. Kollmops 3 1/2 M. fr. G. Kapp, Otterfen-Hamburg 111.
 Kiste 11. Büchlinge, 45 Heringe, Kaudinäs, zusammen 3.45 M. fr.

Besonders billige Offerte!

H. Edling Carl Roland Berlin SO

Java-Umblatt: Aloe Cc 1, feichter feiner
 Bezoekl pro Pfd. M. 1.00
 Vorstenlanden-Decke: Djwo, C 2, schöner
 ergiebiger Kehrroller pro Pfd. M. 1.50
 Java-Einlage: Satren/B, feiner Qualitäts-
 tabak, Ersatz für feinsten St. Felix pro Pfd. M. 1.—
 Sumatra-Sandblatt: TTR Langkat/V 2,
 mausegrau, allerfeinste Farben pro Pfd. M. 10.—

Wägener & Go. • Bremen.

Bremen, Fernspr. 5482

— anerkannt reelle, billige —
 Bezugsquelle sämtlicher Tabake
 empfiehlt

Sumatra-Decker (Südnemischer
 Brand) 180, 200, 220, 240, 250,
 260, 280, 300, 310, 320, 330,
 400, 420, 450, 500 A
 Sumatra-Umblatt (Sollblatt) 140,
 150, 170 A, Städtblatt 130,
 150 A
 Java-Decker (hell) 270, 280, 300,
 350 A, (mittel) 200, 280, 240,
 250 A
 Java-Umblatt (leicht, Kottbrennerb)
 120, 125, 130, 140, 150, 160, 170 A
 Einlage 95, 100, 105, 110,
 115 A
 Vorstenland-Decker 180, 200, 250,
 240, 260, 270, 300, 320, 350 A
 Brasil-Decker 170, 180, 200, 220,
 230, 240 A
 Brasil-Einlage u. Umblatt 120,
 125, 130, 135, 140, 150, 160,
 170 A
 Geschnittene Einlage 110 A
 Carmen-Umblatt 105, 110, 120,
 130, allerfeinstes Umblatt 140 A
 Domingo (sehr leicht) 100, 105,
 110, 120, 130 A
 Seedleaf 110, 120 A
 Logut (stättig) 95, 100 A
 Original-Mischung 105, 110, 120 A
 Havana 150, 200, 250, 300, 400 A
 Decker 350 A
 Yara-Guba (sauer) 180, 200, 250 A

Robtabak-Handlung
Hengfoss & Maak
 Altona-Ottensen
 Filiale Berlin N.,
 Brunnenstraße 25. [25]

Jacob Hirsch jr.
 Mannheim B 1, 9. [10]
 Alle Sorten in- u. ausländischer
 Tabake zu billigsten
 Tagespreisen, inkl. Zoll- u. Wert-
 steuer. Post-Versand per Nach-
 nahme. Ziel nach Uebereinkunft.
 bei Aufgabe von Ia. Referenzen.
 Versand nur gegen Nachnahme.

Unsern Kollegen August Wier
 nebst Gemahlin zu der am 10. Jan.
 1914 stattgefundenen silbernen Hoch-
 zeit die besten Glückwünsche.
 Die Mitglieder der Zahlreiche
 Neuenkirchen, Sr. Welle.

Für Anfänger! Bei Aufn. b.
 Fabrik. billig z. verkaufen: 70 fast u.
 Wickelformen, mod. Fass., gr. etc.
 Presse u. Had. Arbeitstisch u.
 Sieben u. Krippen, Maduch,
 Preßkasten, etc. 200 dazu pass.
 neue Zigarettenlisten, sowie alle
 z. Fabr. geh. Utensilien; alles
 fast neu. Offerten unter H. M. 103
 an die Exped. d. Bl. erbeten.

Briefkasten.
 Karlstraße 60 A.
 Neuenkirchen 70 A
 Döbbin, Ermalsleben 7 M

Rohtabakgeschäft Otto Brandes
 BREMEN, Westerstrasse 96
 Billige Bezugsquelle für sämtliche Tabake zur Zi-
 garrenfabrikation. Ein Versuch führt zu dauernder
 Kundschaft. Versand nur per Nachnahme.

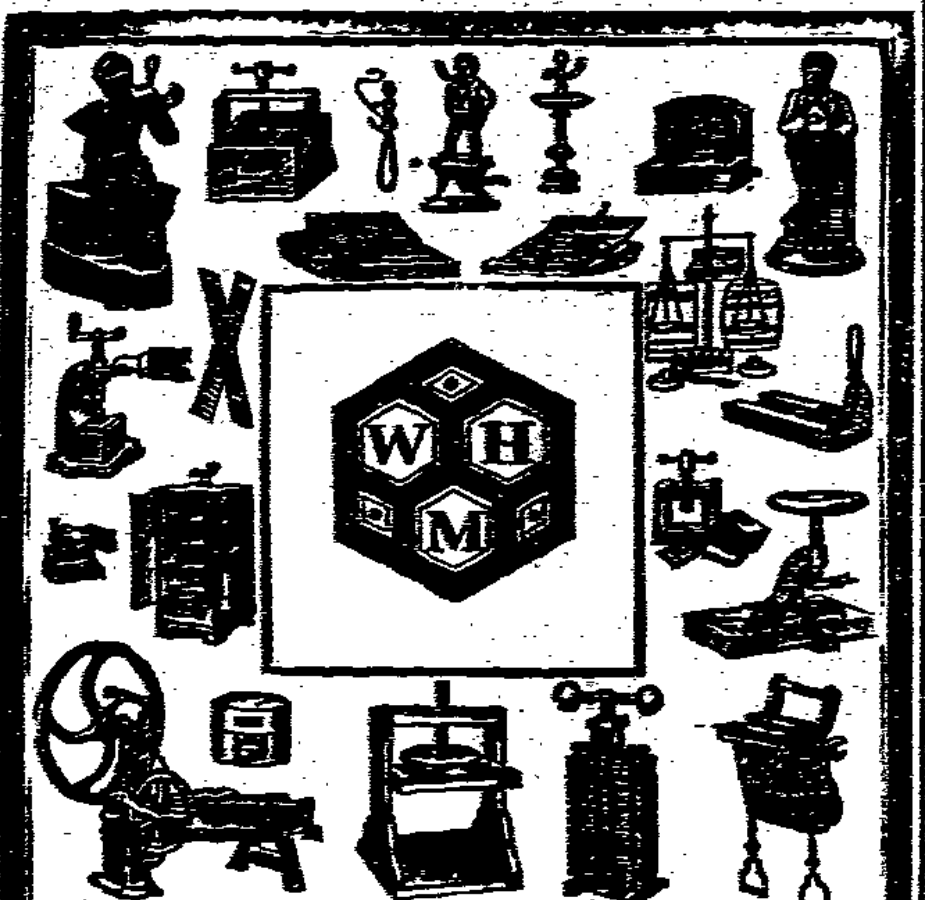
Hermeking & Boy
 Berlin, Brunnenstrasse 183

Versuchen Sie im eigenen Interesse unsere ganz vorzüglichen
Sumatra-Vollblatt-Decken
 an den Preislagen von 230 bis 700 Pfg. pro Pfund verzollt,
 wenn Sie uns genaue Wünsche angeben, erhalten Sie einzelne
 gefeuchtete Typen gratis zugesandt.

Wir unterhalten auch grosses Lager in allen Arten
Umblatt u. Einlage-Tabaken
 und bitten, bei Bedarf unsere Offerten einzufordern.

**Gebrauchte Wickelformen und
 Utensilien stets am Lager.**

Druckmaschinen
 aller Art liefert schnell und billigt
Schmalefeldt & Co., Bremen.



Wickelformenpressen von M. 7.75 an.
 Pressbänder, unverwüstlich, per St. 70 A.
 Kollbrestler per Stück von M. 1.50 an.
 Arbeitsmesser à 25 A, Traganth per
 Pfd. M. 1.10, Amlac per Pfd. M. 1.75, Bün-
 delband per 50 m 45 A.
 Gebrauchte Formen von 20 Pfennig per Stück an.
 Tüllen und Tüllmaschinen.
 Schneidmaschinen, bewährte Modelle, Mk. 1.25.
 Presskästen von M. —.20 per Stück an. Einschlag-
 papier, Etiketten in vielen Sorten.

W. Hermann Müller, Berlin
 Magazinstr. Nr. 14
 Erstes Spezialhaus für Cigarrenfabrikations- Utensilien
 Illustrierte Kataloge gratis und franko.

Beilage zum Tabak-Arbeiter

Nr 3

Sonntag, den 18. Januar

1914

Die Krankenversicherung der Hausgewerbetreibenden.

Die Durchführung der Krankenversicherung der Hausgewerbetreibenden stößt auf erhebliche Schwierigkeiten, weil zurzeit die Bestimmungen noch wenig bekannt sind, wichtige Ausführungsverordnungen des Bundesrats noch nicht erlassen sind und die Krankenkassen die Satzungen deshalb noch nicht vollständig ausfüllen können. Als feststehend dürfte zunächst folgendes gelten:

Am den Orten, die schon früher durch Satzung die Versicherungspflicht der Hausgewerbetreibenden eingeführt hatten, ist in die bisherigen Bestimmungen in Kraft zu bleiben. Jeder Unternehmer müsste sich zunächst also darüber unterrichten, ob das in seinem Betriebszweig der Fall ist.

Waren Hausgewerbetreibende bei Inkrafttreten dieses Gesetzes Mitglieder einer Orts- oder Betriebskrankenkasse, so können sie in dieser verbleiben. Bleibt die Kasse nicht weiter bestehen, so können die Hausgewerbetreibenden doch, auch wenn eine Landkrankenkasse eingerichtet wird, Mitglieder der Ortskrankenkasse werden und gelten dann für sie dieselben Bestimmungen, wie für die übrigen Mitglieder der gewählten Kasse. Insbesondere bleiben die Pflichten der Arbeitgeber bestehen; nur hat der Hausgewerbetreibende für seine eigene Person die Beiträge selbst zu tragen; er muß auch der Kasse anzeigen, daß er gewillt ist, in ihr zu verbleiben. Wesentlich anders gestalten sich die Bestimmungen für die übrigen Hausgewerbetreibenden.

In dem für die Hausgewerbetreibenden geltenden Paragraph der Reichsversicherungsordnung wird der sonst als Arbeitgeber bezeichnete Unternehmer Auftraggeber genannt. Als Auftraggeber gelten auch die Zwischenpersonen, Ausgeber, Faktoren, Zwischenmeister. Werden Hausgewerbetreibende durch eine solche Zwischenperson beschäftigt, so tritt diese an Stelle des Auftraggebers und hat dann seine Pflichten zu erfüllen. Doch bleibt der Auftraggeber neben der Zwischenperson gegenüber der Kasse für die Zuschüsse haftbar. Der Auftraggeber hat der Kasse mitzuteilen, daß die Pflichten des Auftraggebers durch eine Zwischenperson erfüllt werden und hierbei Name, Stand und Wohnort anzugeben.

Die Hausgewerbetreibenden gehören in die Landkrankenkasse oder, wenn keine errichtet wird, in die Ortskrankenkasse ihres Betriebszweiges.

Die Hausgewerbetreibenden haben sich selbst anzumelden und ihre Beiträge einzuzahlen, die in Prozenten nach dem ortsüblichen Tageslohn berechnet werden; eine stufenweise erhöhte Beitragssatzung fällt also fort. Beschäftigt ein Hausgewerbetreibender in seinem Betriebe Gehilfen, so hat er für diese ein Drittel der Beiträge zu leisten. Die übrigen zwei Drittel kann er den Versicherten vom Lohne abziehen. Sind Hausgewerbetreibende dauernd für denselben Auftraggeber beschäftigt, so kann er, wenn sie zustimmen, auch ihre Beiträge einzahlen. Er kann die Beiträge vom Hausgewerbetreibenden in der gleichen Weise einziehen, wie ein Arbeitgeber den Beitragsteil vom Versicherten. Die Zahlung des Entgelts steht dabei der Lohnzahlung gleich.

Der Auftraggeber hat in der ersten Woche jeden Monats der Land- resp. der Ortskrankenkasse seines Betriebs auf seine Kosten eine Liste aller von ihm im abgelaufenen Monat beschäftigten Hausgewerbetreibenden einzureichen. Muster für diese Listen sind bei den Krankenkassen erhältlich.

Beim Einreichen dieser Listen hat der Auftraggeber die fälligen Zuschüsse für alle von ihm beschäftigten Hausgewerbetreibenden einzuzahlen, gleichviel ob der einzelne Hausgewerbetreibende einer Kasse angehört, insbesondere, ob er seiner Meldepflicht genügt hat, welcher Kasse er angehört, ob und welche Beiträge er dort für sich und seine Beschäftigten zahlt und ob noch von anderen Auftraggebern Zuschüsse für denselben Hausgewerbetreibenden gezahlt werden.

Werden Hausgewerbetreibende durch Zwischenpersonen beschäftigt, so haben diese an Stelle des Auftraggebers die Listen einzureichen und die Zuschüsse zu zahlen. Beteiligt sich die Zwischenperson selbst an der hausgewerblichen Arbeit, so hat sie sich auch selbst in die Liste als Hausgewerbetreibende aufzunehmen. Auch hat sie den Zuschuß einzuzahlen, soweit er sich nach dem Entgelt bemisst, der auf die von ihr selbst geleistete Arbeit entfällt. Der Auftraggeber hat ihr die ausgesetzten Zuschüsse zu erstatten.

Die Zuschüsse der Auftraggeber sollen die Hälfte der von den Krankenkassen durch die Versicherung der Hausgewerbetreibenden erwachsenden Lasten decken. Sie sind vorläufig auf 2 Prozent des an die Hausgewerbetreibenden gezahlten Lohnes festgesetzt. In den Industrien, in denen Hausgewerbetreibende die Roh- und Hilfsstoffe selbst stellen, kann unter bestimmten Umständen das Versicherungsamt den Durchschnittswert der Roh- und Hilfsstoffe feststellen und somit aus dem Preise der gelieferten Waren den Lohn, der auf den Hausgewerbetreibenden entfällt, feststellen. Nach diesem berechnet sich in gleicher Weise wie sonst der Zuschuß des Auftraggebers. Beschwerde gegen die Feststellung des Versicherungsamtes entscheidet das Oberversicherungsamt endgültig.

Die Kassen verrechnen untereinander die Zuschüsse der Arbeitgeber und tauschen die Listen der Hausgewerbetreibenden aus, wenn der Betriebszweig des Auftraggebers und des Hausgewerbetreibenden nicht zusammenfällt.

Kollege Perkins über die amerikanischen Gewerkschaften
Vom 16. bis 18. September 1913 fand in Zürich die 5. Internationale Konferenz der Vertreter der gewerkschaftlichen Landeszentralen statt. Als Vertreter der Vereinigten Staaten war Kollege G. W. Perkins, Präsident der dortigen Organisation der Zigarrenarbeiter erschienen. Perkins überbrachte auch die Einladung der amerikanischen Gewerkschaften, die nächste Konferenz in San Francisco stattfinden zu lassen, die bekanntlich auch angenommen wurde. Bei dieser Gelegenheit ließ sich Perkins über die amerikanischen Gewerkschaften folgendermaßen äußern:

Ich rechne es mir zur Ehre und zum Vergnügen an, daß ich als einer der Delegierten der American Federation of Labor Ihnen brüderliche Grüße und beste Wünsche von der American Federation of Labor, von den amerikanischen Gewerkschaften, von dem Exekutivauschuß der American Federation of Labor und von deren Präsidenten Mr. Samuel Gompers übermitteln und Sie zugleich einladen darf, Ihre nächste Internationale Konferenz in San Francisco abzuhalten.

Die Gewerkschaftsbewegung Amerikas ist vielleicht der Bewegung aller anderen Länder ungleich. Sie verfolgt ihr Ziel je nach den gegebenen Umständen. All ihre Hoffnungen und Ziele basieren samt und sonders auf dem Wunsch, dem Leben der Arbeiter, der Arbeiterinnen, Männern und Frauen, Gesundheit, bessere Lebensbedingungen, kürzere Arbeitszeit, höhere Löhne, überhaupt bessere Verhältnisse zu erringen.

Die amerikanische Gewerkschaftsbewegung und die American Federation of Labor, der Meinung einiger Kollegen entgegen, verfolgt nur den einen Zweck, den arbeitenden Massen bessere Bedingungen zu verschaffen, und zwar erstens durch unsere wirtschaftliche Bewegung und zweitens durch die politische Aktion, wenn dieselbe im Wohlfahrt der Arbeiter zu dienen. In erster Linie verfolgen wir die wirtschaftliche oder gewerkschaftliche Politik, aber wir bedienen uns politischer Mittel so oft als möglich, um greifbare Erfolge zu erzielen. Wir gehören keiner politischen Partei an. Aber ich wage zu behaupten, ohne Furcht, widerlegt zu werden, daß unsere politische Taktik uns zu mehr Erfolgen verholfen hat, als möglich gewesen wäre, wenn wir einer politischen Partei mit bestimmten Grundsätzen angehört hätten.

Während die politische Aktion der amerikanischen Arbeiterbewegung sich innerhalb bestimmter Linien bewegt, ist sie doch keineswegs engberzig oder unweigerlich irgend einem besonderen Aktionsplan unterworfen. Das einzige unumstößliche Prinzip ist die Organisation der Arbeiter nach Berufen, welche Lohnerhöhung, Verkürzung der Arbeitszeit, bessere geschäftliche Bedingungen, kurz bessere Lebensverhältnisse der Arbeiter bezweckt. Unser Organisationsystem und unsere Entwicklungs- und Durchführungspläne haben erfolgreiche Veränderungen in unseren Industrien erzielt. Die Industrien Amerikas befinden sich in einem Zustande beständiger Veränderung. Neue Erfindungen verwerfen alte Produktionsmethoden und Arbeitsteilung. Unsere Bewegung ist elastisch und weiß den erstaunlichen Veränderungen in unseren wirtschaftlichen Verhältnissen wohl zu begegnen.

Die Gewerkschaftsbewegung Amerikas ist weder radikal noch konservativ, aber sie steht nie still. Ihre Vertreter sind ebenfalls weder radikal noch konservativ, aber immer fortschrittlich und immer vorwärts. Was oft fälschlich als Ultra-Konservatismus ausgelegt wird, ist in den meisten Fällen, soweit es sich um die Gewerkschaftsbewegung Amerikas handelt, wohlüberlegte Vorsicht, die nur erfahrungsgemäß vorzugehen bezweckt, da nur dadurch, verbunden mit einem gereiften Urteile, dauernde Erfolge erzielt werden können.

Trotz der Behauptung von einigen, daß die amerikanische Gewerkschaftsbewegung sich um die Politik nicht kümmere, ist zu sagen, daß sie in Wirklichkeit stets an Politik teilgenommen hat, wenn auch nicht an Parteipolitik, und jederzeit hat sie sich jeder Gelegenheit, politische oder andere Mittel zur Verbesserung der Lebensbedingungen der Arbeiterklasse zu ergreifen, bedient. Ich möchte Ihnen sagen, daß die American Federation of Labor gerade durch ihre nicht parteipolitische politische Beteiligung viel dazu beigetragen hat, die amerikanische Gesetzgebung zu verbessern. Dank der politischen Vorsicht, Klugheit und dem unbedingten Mut des Präsidenten der American Federation of Labor, Samuel Gompers, begann im Jahre 1906 eine erneute und bestimmte politische Bewegung, welche das Ziel hatte, gewisse Arbeitsgesetze zu revidieren, und zu diesem Zwecke wurde bestimmt, den ersten Anlauf beim Kongress der Vereinigten Staaten und bei dem Präsidenten zu machen, und, wenn unsere Bemühungen, menschliche Rechte und menschliche Gerechtigkeit einzuführen, fehlschlagen sollten, an das Gewissen und das Herz des großen amerikanischen Publikums zu appellieren, gleichviel welcher politischen Partei es angehört. Diese Taktik wurde seither stetig verfolgt, trotz schlimmer finanzieller und anderer Einflüsse, die gegen den Präsidenten der American of Labor sich geltend machten, wie gegen jene, welche solche Bestrebungen unterstützten. Man wollte alle diejenigen, die im Wege standen, ins Privatleben zurückzwingen. Der unbestreitbare Erfolg dieser Politik seitens der American Federation of Labor war der, daß einige der mächtigsten und einflussreichsten Männer, die sich jedoch unseren Maßnahmen immer entgegengesetzt hatten, sich ins Privatleben zurückzogen, und daß sogar die Partei, die gerade an der Spitze stand, große Niederlagen erlitt infolge der mutigen und zweckmäßigen Aktion und Weise, mit welcher die Beamten der American Federation of Labor den Kampf um Menschenrechte, Freiheit und Gerechtigkeit führten. Diese Ausführungen werden durch greifbare Erfolge bestätigt.

In wirtschaftlicher Beziehung hat durch die Gewerkschaftsbewegung die American Federation of Labor ihre Mitgliederzahl von ungefähr 50 000 im Jahre 1881 auf mehr als 2 026 716 am 1. Juni 1913 erhöht. Einige Eisenbahnerverbände und einige wenige andere Organisationen mit einer Mitgliederzahl von ungefähr 300 000 sind hierin nicht eingeschlossen. Am 1. September 1912 waren der American Federation of Labor fünf Industrieabteilungen, 112 internationale bzw. Landesverbände, 41 Staatskartelle, 560 Gewerkschaftskartelle, 434 Ortsverbände und 156 allgemeine lokale Arbeiterverbände angeschlossen. Von den 112 internationalen Verbänden berichten 41 internationale Organisationen von Lohnerhöhungen des Jahres, das Ende September 1912 seinen Abschluß fand, die sich auf 33 796 322,68 Dollar belaufen, während die Verkürzung der Arbeitszeit im gleichen Zeitschnitt auf 21 222 917 Stunden kommt. Der Gesamtbetrag, welchen die Arbeitszeitverkürzung in einem Jahre durch diese 49 internationalen Verbände ausmacht, beträgt 6 314 910,32 Dollar. In der gleichen Zeit berichteten 72 von den 112 internationalen Verbänden über folgende Ausgaben für Unterstützungen:

Sterbeunterstützung	1 649 184,03 Dollar
an die Witwe	56 550,—
Krankenunterstützung	793 255,61
Reiseunterstützung	40 571,02
Werkzeugversicherung	2 203,36
Arbeitslosenunterstützung	215 398,60
Altersversicherung	169 657,—

Die Unterstützungen und Vorteile, die aus unserer politischen Tätigkeit gezogen wurden, können wie folgt zusammengefaßt werden:

Kurz gesagt ist die amerikanische Gewerkschaftsbewegung in erster Linie eine gemeinsame Bewegung der arbeitenden Männer und Frauen, durch welche wir versuchen, in wirtschaftlicher und sozialer Beziehung bessere Lebensbedingungen zu unseren Lebzeiten sowohl wie für künftige Generationen zu schaffen; wir versuchen, das Morgen besser als das Heute zu gestalten, und letzten Endes trachten wir danach, einen wirtschaftlichen, moralischen und sozialen Zustand zu erlangen, der es den Arbeitern ermöglicht, den vollen Anteil an der Produktion und Verteilung der Güter zu erlangen. Unserer Meinung nach ist die menschliche Freiheit, verbunden mit einer guten Regierung, allen anderen Rechten vorzuziehen.

In der American Federation of Labor werden nur Lohnarbeiter aufgenommen, so daß es sich lediglich um eine Bewegung der Arbeiter handelt.

Unsere Bewegung sucht durch eine einheitliche Aktion den Arbeitern eine Stellung zu sichern, die sie in den Stand setzt, den Schwachen dem Starken und Industriellen gegenüber in Schutz zu nehmen, eine Gerechtigkeit und Gleichheit bei der Verteilung der Arbeit herbeizuführen, die Arbeitertendenzen in den Werkstätten, Fabriken in jeder Hinsicht zu verbessern, die Arbeit zu regulieren und besonders die Kinderarbeit einzuschränken und eine angemessene Altersgrenze einzuführen, bevor man gewerbliche Beschäftigung annehmen kann, eine höhere und bessere Erziehung und ein Verständnis unserer wirtschaftlichen und sozialen Umgebung anzustreben, die besten Interessen der industriellen Arbeiter und des ganzen Menschengeschlechtes zu fördern, die Rede- und Pressefreiheit zu schützen, die Erziehung und das öffentliche Schulsystem zu pflegen, bei der Festsetzung großer politischer Maßnahmen sich durch Wahl und Propaganda zu beteiligen, für die Annahme einer besseren Gesetzgebung für die Arbeiter in allen Lebenslagen einzutreten, Kranken-, Sterbe-, Arbeitslosen-, Streit- und Altersunterstützung zu bezahlen, die Unorganisierten zu organisieren, alle Ortsverbände in den nationalen und internationalen Verbänden ihres Berufes zu vereinen, Kartelle und Föderationen, welche der Zustandigkeit der American Federation of Labor unterstellt sind, nach Kräften zu fördern, die physische Stärke und die Wohlfahrt der arbeitenden Frauen und Kinder zu bewahren, eine Sicherheit der Beschäftigung herbeizuführen, Einheitsbeehle in Arbeitsstreitigkeiten unmöglich zu machen und in allen derartigen Fällen eine gerichtliche Untersuchung anzustreben; für die Arbeiter hilfreiche und wirksame Gesetze, besondere Fabrikgesetze und kompetente Fabrikinspektoren, für industrielle Unfälle und Invalidität entsprechende Entschädigungsgesetze anzustreben, in die Herzen und Gemüter aller Arbeiter den Geist der Hoffnung, die Kenntnis ihrer Rechte einzubringen, ihnen zu zeigen, wie dieselben zu verwirklichen sind, also eine wahre Demokratie einzuführen. Kurz gesagt: unsere Tätigkeit ist darauf gerichtet, die Arbeiter in den Stand zu setzen, in menschenwürdiger Weise zu leben, wie es einer fortschreitenden Zivilisation zukommt.

Unsere Bewegung und unsere Tätigkeit beruhen eher auf Erfahrung als auf akademischen Theorien oder falschen Doktrinen der Vergangenheit. Wir leben in der Gegenwart und kämpfen für eine bessere Zukunft und richten unsere Arbeit danach ein. Die durch Feudalismus und Sklaverei früher niedergedrückten amerikanischen Arbeiter, die heute gegen das harte Joch einer brutalen Opposition einiger weniger kämpfen, haben daraus eine Lektion gezogen: Organisation, Solidarität und gemeinsame gewerkschaftliche Arbeit.

Wir haben keineswegs unsere wirtschaftliche und politische Arbeitsmethode zu verteidigen, und ich erlaube mir, dieselbe Ihrem gesch. Nachdenken zu empfehlen.

Es sei uns ferne, die hiesige Gewerkschaftsbewegung oder die in anderen Ländern tadelnd zu kritisieren, wir möchten uns aber natürlich das Recht vorbehalten, wenn

Dies im Interesse einer schnelleren Erreichung vor Erfolgen angemessen erscheinen sollte, unsere Meinung kundzugeben. Wir haben nur die einzige Hoffnung in dieser Beziehung, daß ihre Arbeiterbewegungen eher besser als die unseren sein mögen, und daß Sie die richtigen Methoden, die geeignet sind, der Mehrzahl zum Segen zu gereichen, anwenden.

Rückblick auf das Jahr 1913.

Das Jahr 1913 weist in seinem Gepräge überwiegend ungünstige Züge auf. Der Krieg auf dem Balkan ist nun zwar als abgeschlossen zu betrachten und damit ist für absehbare Zeit auch die Gefahr eines Weltkrieges beseitigt. Indes hat dieser Umschwung der politischen Verhältnisse keine erhebliche Wandlung auf wirtschaftlichem Gebiete nach sich gezogen. Es hat zwar den Anschein, als wenn die Verhältnisse auf dem Geldmarkte sich etwas zu bessern begännen und damit auch für die Produktion einige Schwierigkeiten behoben würden, die namentlich das Baugewerbe und die mit diesem im Zusammenhang stehenden Industriezweige lähmten. Auch der günstige Ernteausfall des verflorenen Jahres mußte zu Hoffnungen nach dieser Richtung hin Anlaß geben. Die Rückwirkung der guten Ernte auf die Lebensmittelpreise war immerhin schon groß genug, um die Höhe der Haushaltskosten wesentlich zu herabzusetzen. Nach H. Calwers Lebensmittelpreisen betrug der durchschnittliche wöchentliche Lebensmittelaufwand einer vierköpfigen Familie (im Durchschnitt von 100 Städten) in Marz:

	Januar	Februar	März	April	Mai	Juni
1911	23,50	23,01	23,60	23,80	23,72	23,97
1912	24,69	24,83	25,18	25,74	25,52	25,85
1913	26,01	25,86	25,83	25,61	25,43	25,35

Zu- bzw. Abnahme	Juli	August	Septbr.	Oktober	Novbr.	Dezbr.
1911	+1,32	+1,03	+0,65	-0,13	-0,09	-0,50
1912	24,37	24,65	24,77	24,88	24,64	24,80
1913	26,10	26,66	26,63	26,26	26,08	26,03
1913	25,88	25,83	25,78	25,73	25,58	

Zu- bzw. Abnahme	Juli	August	Septbr.	Oktober	Novbr.	Dezbr.
1911	-0,22	-0,83	-0,85	-0,53	-0,50	-
1912	25,80	25,83	25,78	25,73	25,58	
1913	25,88	25,83	25,78	25,73	25,58	

Leider war von einer günstigen Rückwirkung auf den Beschäftigungsgrad nichts zu bemerken. Im Gegenteil trat bei den Arbeitnehmern eine ständig und bedrohlich anwachsende Überangebot von Arbeitskräften hervor und die Arbeitslosigkeit und das Arbeitslosigkeitsproblem beherrschten in der zweiten Jahreshälfte die öffentliche Diskussion. Bei den an die Arbeitsnachweiskartell angeschlossenen Arbeitsnachweisen kamen auf je 100 offene Stellen in den einzelnen Monaten folgende Ziffern von Arbeitssuchenden:

	Januar	Februar	März	April	Mai	Juni
1911	136,9	131,5	108,7	107,6	112,6	109,9
1912	158,0	125,3	110,7	116,7	117,0	118,3
1913	137,1	131,4	118,9	123,5	128,9	126,9

Zu- bzw. Abnahme	Juli	August	Septbr.	Oktober	Novbr.	Dezbr.
1911	-20,9	+6,1	+8,2	+6,8	+11,9	+8,6
1912	110,6	107,5	107,7	127,3	151,9	141,1
1913	112,2	112,6	108,3	119,5	140,5	133,7
1913	135,7	127,2	121,7	144,2	169,5	

Zunahme	Januar	Februar	März	April	Mai	Juni
1911	+23,5	+14,6	+13,4	+21,8	+29,0	
1912	137,1	131,4	118,9	123,5	128,9	126,9
1913	137,1	131,4	118,9	123,5	128,9	126,9

Man kann angefaßt dieses Zahlenbildes beinahe von einer trübseligen Anwachung der Arbeitslosigkeit sprechen, die auch durch die Arbeitslosigkeitsziffern der deutschen Arbeiterberufsbünde (Arbeitslosigkeitsblatt) bestätigt wird. Auf je 100 Mitglieder entfielen Arbeitslose aller berichtenden Organisationen in den einzelnen Monaten:

	Januar	Februar	März	April	Mai	Juni
1911	2,6	2,2	1,9	1,8	1,6	1,6
1912	2,9	2,6	1,6	1,7	1,9	1,7
1913	3,2	2,9	2,3	2,3	2,5	2,7

Zunahme	Juli	August	Septbr.	Oktober	Novbr.	Dezbr.
1911	+0,3	+0,3	+0,7	+0,6	+0,6	+1,0
1912	1,6	1,7	1,7	1,5	1,7	2,4
1913	1,8	1,8	1,5	1,7	1,8	2,5
1913	2,9	2,8	2,7	2,8	3,1	

Auch diese Zahlen, in denen das eigentliche Baugewerbe nur zum kleinsten Teile zum Ausdruck gelangt, zeigen die rapide ungünstige Entwicklung auf dem Arbeitsmarkte an. Nach dem Berichte der Arbeiter der Berliner Kaufmannschaft über das Wirtschaftsjahr 1913 bezeichnen in diesen Kreisen ebenfalls keine Zweifel mehr darüber, daß wir uns auf industriellem Gebiete in einer stark rückläufigen Bewegung befinden. Die Lage auf dem Baugewerbe wird als direkt krisenhaft bezeichnet, worunter auch die mit dem Baugewerbe zusammenhängenden Gewerbezweige, die Stein-, Holz- und Metallgewerbe zu leiden hatten. Auch in der Textilindustrie,

habe der Niedergang der Konjunktur angehalten. Schlichter stand es in der Elektroindustrie, Eisenhütten- und Maschinenindustrie. Auch die Rohstoffverwertung blieb von dem Konjunkturrückgang nicht verschont. Das Kohlenyndikat sah sich im September genötigt, die erst im Oktober in Kraft getretenen Preisverhinderungen wieder teilweise herabzusetzen, ebenso mußten der Rohleisenverband und der Stahlwerkeverband ihre Preise ermäßigen. Im Transportgewerbe machte sich der Niedergang im allgemeinen weniger fühlbar, doch führte der Konflikt im Auswanderertransport zu einer schweren Krise im nordatlantischen Schiffsahrtspool. Die Ernte des Jahres 1913 ist einer der wenigsten Missernte; die Ergebnisse stellen Rekordziffern dar, wenn auch die Qualität nicht immer der Quantität entspricht haben soll. Der Außenhandel ließ ebenfalls noch wenig von dem wachsenden Druck erkennen; die Ein- und Ausfuhrziffern der ersten neun Monate des Berichtsjahres standen noch etwas über denen des Vorjahres. Das alles vermochte indes an der überwiegend ungünstigen Signatur des Jahres nichts Wesentliches zu ändern. Wir besitzen uns ohne Zweifel auf der Bahn des wirtschaftlichen Niederganges und damit haben auch die Arbeiter und ihre Organisationen zu rechnen.

Die Gewerkschaften konnten sich den ungünstigen Wirkungen der Wirtschaftslage nicht ganz entziehen. Wenn auch die meisten Organisationen wieder standgehalten haben, hat doch eine Minderzahl mit teilweise erheblichen Mitgliederverlusten kämpfen müssen. Von 48 Verbänden, deren Mitgliederzahlen für das dritte Quartal 1913 uns vorliegen, hatten 19 einen Rückgang von Mitgliedern zu verzeichnen. Diese 48 Verbände (einschließlich der Landarbeiter und Hausangestellten) zählten am Ende des 3. Quartals 1912: 2504 893 Mitglieder, dagegen am Schlusse des 3. Quartals 1913 nur 2349 932 Mitglieder. Der Rückgang beträgt 14 601 Mitglieder oder 0,57 Prozent. Keine Angabe lagen von einem Verband mit 8617 Mitgliedern vor. Es ist nicht anzunehmen, daß das 4. Quartal des letzten Jahres günstigere Verhältnisse aufzuweisen hätte, so daß die Gesamtmitgliederzahl hinter der des Vorjahres, wenn auch nicht erheblich, zurückbleiben dürfte. Es wird die dringende Aufgabe aller Gewerkschaften in dem neuen, vor uns liegenden Jahre sein, darin wettzuwehren, daß der Verlust sobald als möglich wieder ausgeglichen wird.

Für die Gewerkschaften war das verflorenen Jahr reich an organisatorisch wichtigen Vorgängen, besonders aber an Lohn- und Tarifbewegungen und -kämpfen. Der Zusammenschluß zu größeren Verbänden hat zwar anscheinend seinen Höhepunkt erreicht; das Berichtsjahr brachte nur Verschmelzungen von geringerer Tragweite, den Übertritt des Lagerhalterverbandes zum Zentralverband der Handlungsgehilfen und den Beschluß des Verbandes der Blumen-, Blätter- und Federarbeiter, sich dem Fabrikarbeiterverband anzuschließen. Trotzdem wurde die Verschmelzungsfrage noch in einer ganzen Reihe von Organisationen weiter erörtert. Der Übertritt der Bildhauer und der Schiffszimmerer zum Holz- bzw. Metallarbeiterverband scheiterte an dem Ausfall der Abstimmungen der Mitglieder, der Zusammenschluß der Verbände der Glasarbeiter, Porzellanarbeiter und Töpfer zu einem Verband der Keramikarbeiter an Verbandsratsbeschlüssen. Auch die Verschmelzungsbewegungen in den Kreisen der Handlungsgehilfen und Bureauangestellten sowie der Rajdinsten und Metallarbeiter brachten es noch zu keinem positiven Ergebnis. Immerhin werden diese Erweiterungen auch in den nächsten Jahren nicht aus den Reihen der Gewerkschaften verschwinden, denn nicht allein der Gedanke der Stärkung der Organisation und ihrer Kampfesfähigkeit kommt in ihnen zum Ausdruck, sondern auch der lebhafteste Wunsch, zahlreiche, bitter empfundene Grenzstreitigkeiten auf diese Weise friedlich und großzügig zu lösen. Auf organisatorischem Gebiete hat das Berichtsjahr infolgedessen einen bedeutungsvollen Fortschritt gebracht, als zwei der bedeutendsten Verbände des Baugewerbes, die der Bauarbeiter und der Maler, die Einführung der Arbeitslosenunterstützung am Orte beschlossen haben. Es fehlen jetzt nur noch die Verbände der Steinarbeiter, Dachbeder, Schneider und Steinseher; auch hier dürfte die Einführung dieses Unterstützungszweiges, der heute noch starke Schwierigkeiten entgegensteht, nur eine Frage der Zeit sein.

(Schluß folgt.)

Mitteilungen aus dem Beruf

Der verdamnte Druckfehlerentzettel. Just bei der Notiz, die sich in voriger Nummer unsres Blattes unter der Stichmarke „So ändern sich die Zeiten“ mit den „Christen“ und deren Tabakarbeiter-Zeitung beschäftigte, hatte der Teufel, der ja nun einmal mit Vorliebe in den Druckereien sein schädliches Tagewerk treibt (er haßt die ganze Buchdruckerkunst, von wegen der Aufklärung), seinen häßlichen Werbefuß im Spiele. Er hat nämlich, wie die Leser schon herausgefunden haben dürften, den letzten Absatz der Notiz, der eine lebenswürdige Auseinandersetzung mit unserm Bruder in Christo enthält, verdrängt und ihn in den Artikel: „Zu früh geubelt“, der sich auf derselben Seite befindet, als vorletzten Absatz hineingebracht. Auch soll es in der zweiten Reihe dieses Absatzes nicht „hielt“ sondern „hält“ heißen. Wir verbitten uns natürlich jegliche metaphysische Ruppigkeit und wünschen, wenn wir mit

guten Christen verkehren, am allerwenigsten so teuflisch gestört zu werden!

Aus Westfalen. Uns wird geschrieben: Das Jahr 1913 begann in fast allen Orten Westfalens damit, daß eine große Anzahl gerade der bedeutendsten Zigarrenfabriken die Arbeiter wochenlang aussetzen ließen und einen Teil ihrer Arbeiter überhaupt entließen. Andere Fabrikanten zogen ihre Filialen ein; wieder andere ließen Stückzahl arbeiten, bis herunter zu 40 Prozent von der sonstigen Leistung der Arbeiter. Dieser elende Zustand dauerte bis Oktober letzten Jahres. Da setzte allgemein eine Besserung des Geschäftsganges ein, dessen Ursache man in dem gesteigerten Absatz infolge des Weihnachtsfestes sah. Arbeiter und Fabrikanten rechneten aber damit, daß die Monate Januar und Februar einen noch nie dagewesenen Tiefstand in der Geschäftslage der Tabakindustrie bringen würde. Wider Erwarten scheint das Jahr 1914 das Gegenteil zu bringen. Mit Ausnahme einiger Firmen, die immer dabei sind, wenns ans Aussetzen geht, wird aus fast allen Orten ein guter Geschäftsgang gemeldet. Eine Reihe Firmen stellen sogar neue Arbeitskräfte ein. Es scheint im letzten Jahre eine Verminderung der Arbeitskräfte eingetreten und Angebot und Nachfrage einigermaßen ausgeglichen zu sein. Hoffentlich ist der bessere Geschäftsgang keine Täuschung, sondern bringt den westfälischen Tabakarbeitern nach dem grauen Elend der letzten Jahre eine Besserung der Existenz und freiere Bewegung.

Zigaretten-Verbrauch. Der Verbrauch von versteuerten Zigaretten ist in Deutschland von 9852 Millionen Stück im Jahre 1911/12 auf 11 518 Millionen Stück im Jahre 1912/13, also um 1666 Millionen Stück = 16,9 Prozent gestiegen. In den einzelnen Steuerklassen, die bekanntlich nach dem Kleinverkaufspreise abgestuft sind, gestaltete sich die Zunahme wie folgt:

Kleinverkaufspreis	Verbrauch 1911/12	Verbrauch 1912/13	Zunahme
Millionen Stück	Millionen Stück	Millionen Stück	Prozent
bis 1 1/2	3465	3844	379 = 10,9
1 1/2 „ 2 1/2	3531	4136	605 = 17,1
2 1/2 „ 3 1/2	1615	1954	339 = 21,0
3 1/2 „ 5	1096	1418	321 = 29,4
5 „ 7	90	103	13 = 14,4
über 7	55	63	8 = 14,5

Prozentual war also die Zunahme am geringsten in der untersten Steuerstufe, bei den billigsten Zigaretten. Hier hat sie nur 10,9 Prozent betragen. Sie steigt dann in der zweiten Steuerklasse auf 17,1 Prozent, in der dritten auf 21 Prozent und in der vierten sogar auf 29,4 Prozent, während sie in der fünften und sechsten Klasse, bei den ganz teuren Sorten wieder auf 14,4 und 14,5 Prozent herabgeht. Das ist sehr bezeichnend für die Entwicklung des Konsums. Früher wurden in der untersten Steuerklasse die meisten Zigaretten geraucht. Seit 1911/12 nimmt die zweite Steuerklasse die erste Stelle im Verbrauch ein.

Bewegungen im Beruf.

Striegau i. Schl. Die Differenzen in der Zigarrenfortiererei der Firma Scharke u. Comp. sind noch nicht erledigt. Vor Zugang von Zigarrenfortierern wird gewarnt.

Steinfelden i. Old. Die Firma Bödman versucht die Löhne zu kürzen. Kollegen, die bei dieser Firma in Arbeit zu treten gedenken, wollen sich vorher an die zuständige Gauleitung wenden.

Amerika. In der Zigarrenindustrie in den Vereinigten Staaten von Nordamerika herrscht, wie von dem Vorstände des „Cigar Makers' International Union of America“ gemeldet wird, eine sich scharf fühlbar machende Geschäftslage und demzufolge eine große Arbeitslosigkeit. Organisierte und unorganisierte Zigarrenmacher sind ohne Beschäftigung und haben keine Aussicht, solche zu erhalten. Angesichts dieser gemeldeten wirtschaftlichen Krise warnen wir die deutschen Kollegen, nach den Vereinigten Staaten von Nordamerika auszuwandern.

Für Anfänger selten günstige Gelegenheit

Soeben trafen die aus der Liquidation der Gebr. Wendriner, Ohlau, gekauften

9000 nur modernen, gebrauchten Wickelformen

ein, so dass jetzt unser Lager auf

über 40000 Wickelformen in allen Fassons

angewachsen ist.

Um Platz zu schaffen verkaufen wir bis auf weiteres zu spottbilligen, noch nie dagewesenen Preisen

Verlangen Sie kostenlose Zusendung unserer Liste.

L. COHN & Co., BERLIN N.

24 Brunnenstr. 24

An die Jünglinge.

Trinkt das Weines dunkle Kraft,
Und zu heiliger Rechenenschaft
Sie im Innersten erschliesst!
Blickt hinab nun in den Grund,
Dem das Leben still entzigt,
Forscht mit Ernst, ob es gesund
Jedem Höchsten sich verzweigt!

Geht an einen schaarigen Ort,
Denk an aller Ehren Strauss,
Sprecht dann laut das Schöpfungswort
Sprecht das Wort: es werde! aus.
Ja, es werde! spricht auch Gott,
Und sein Segen senkt sich still,
Denn den macht er nicht zum Spott,
Der sich selbst vollenden will.

Betet dann, doch betet nur
Aus der eigenen Natur
Einen Geist, der euch erhört,
Eben heisst tief einsam sein!
In die spröde Knoch: drängt
Es' sich kein Tropfen Tau's hinein,
Es' sie inn're Glut zersprengt.

Geht dem Herrn ist's ein Triumph,
Wenn ihr nicht vor ihm vergebet,
Wenn ihr, statt im Staube dampf
Hingekien, herrlich steht,
Wenn ihr at-ist, dem Baume gleich,
Euch nicht unter B'üten bückt,
Wenn die Last des Segens euch
Erst hinab zur Erde drückt.

Fort den Wein! Wer noch nicht flammt,
Ist nicht seines Kusses wert,
Und wer selbst vom Feuer stammt,
Steht schon lange glutverklärt.
Euch geijemt nur e i n e Lust,
Dür ein Gang durch Sturm und Nacht,
Der aus eurer dunklen Brust
Einen Sternenhimmel macht!

Der Sieg der Arbeit.

Ein blauer, ruhiger See, tief umrahmt von Bergen,
die ewiger Schnee deckt. Ein dunkler Saum von Wäldern
schmiegt sich reich gefaltet bis ans Wasser hinab. Weiße
Häuschen, die aus Wasser gegossen zu sein scheinen, bilden
vom Ufer in das Wasser hinunter, Ringsum gleicht alles
dem friedlichen Traum eines Kindes.

Es ist ganz früh am Morgen. Von den Berghängen
steigt ein sanfter Blumengeneh empor. Eden ist die Sonne
aufgegangen. Auf den Wäldern der Bäume, auf den Fels-
men der Wälder glänzen noch Taustropfen. Wie ein großes
Wand sticht sich die Landstraße durch einen Engpaß hin.
Sie ist mit Steinen gepflastert und scheint doch weich zu
sein wie Sammet, über den man mit der Hand hinstreichen
möchte.

Niedlich, irgend eine festliche Reaktion zu finden, zu dem Kinde in
Verfassung zu treten oder gar es etwas zu lehren.

Dieser Gott ist sehr deutlich, wie die Leistungen des Große-
sterns in der Weltgeschichte an Bedeutung gewinnen, wie die
höheren Tieren, und ganz besonders der Mensch, immer mehr von
den Tieren abhängig werden, ja daß der Mensch seinen Leistungs-
gen gar nicht mehr einschätzen kann. Das Kind ohne Großhirn
war weniger leistungsfähig als ein Fisch oder als ein Frosch ohne
Großhirn!

Wie weit das Kinde reicht. Die Zeitschrift „Astronomie“ er-
innert an die mehrfach gegebene Angabe, daß unter Umständen
von den Pyrenäen aus die Alpen sichtbar seien. Als vor 100 Jah-
ren ein französischer Geograph mit einer Expedition in den
Pyrenäen beschäftigt war, sah er bei mehreren Gelegenheiten vom
Gipfel des 2886 Meter hohen Pic du Midi die Spitze des Mont
blanc. Der Abstand beträgt in der Luftlinie rund 500 Kilometer.
Diese Angaben, die in den Tagebüchern des Geographen aufgeschri-
ben und überliefert worden ist, hat bei der nächsten Expedition
auf demselben Gipfel (Zermatt) vom geographischen Dienst, als
ein anderer Beobachter (Zermatt) vom geographischen Dienst, als
wagt worden war. Nicht nur einmal, sondern wiederholt hat dieser
Mann den Mont Blanc gesehen, am besten zur Zeit der Morgens-
dämmerung in den Tagen um die sommerliche Sonnenwende.
Der höchste Alpenpriel erliegen dann in schwarzen Irrnissen auf
dem von der nahenden Sonne geröteten Horizont. Selbstverständlich
reichte das unbewaffnete Auge zu dieser Beobachtung nicht aus.
Ein gutes Fernrohr aber zeigte auch die Form des fernen Berges
so genau, daß ein Zweifel an seiner Identität mit dem Mont Blanc
unmöglich war. Weitere Teile der Alpenketten lassen von den
Pyrenäen aus zuweilen sichtbar sein, und zwar schon mit Hilfe
eines gewöhnlichen Opernglas.

Der deutsche Erfinder des Telephons. Die zweite Sammar-
woche ruft uns in zwei Gedanken an die lange verfallene und
vergessene Gestalt eines bewußten Erfinders ins Gedächtnis, dem
mit die eigentliche Schöpfung des Fernsprechers verdankt. Am
7. Januar sind 80 Jahre vergangen, seit Philipp Reis zu Gene-
banen, wo heute ein Denkmal sein Andenken noch erhält das Licht
der Welt erblühte, und am 14. Januar sind 40 Jahre dahin, daß er
in beschworenen Verhältnissen seine Augen zur letzten Ruhe schloß.
ohne mit seinen epochenmachenden Ideen durchzubringen zu sein.
Eine selbstschaffende Größe zur Welt bestimmt Leben und Wis-
senschaft des jungen Mannes, der den Kaufmannstand verließ, um
eine naturwissenschaftlichen Studien zu widmen. Er wurde
Priester in der Schweiz an der Garnisonen Erziehungsanstalt zu
nun seinem Lieblingsplan, ein „Telephon“ zu konstruieren. Solche
„Telephone“ waren schon seit längerer Zeit in der elektrischen
Technik heimlich; es waren Apparate, die auf elektrischem Wege
mittels harter Reiben Signale nach entfernten Orten über-
mittelten. Der Versuch, die damals ziemlich vorwiegend elektro-
graphie auch auf die Sprache zu übertragen, lag in der Luft.

Reis ging von der Beobachtung des Wassers Sprache aus, der
Jahres 1837 festgestellt hatte, daß d. H. eine Strömung durch einen
Reis von sich gibt, wenn in einer sie umgebenden Drahtspule ein
galvanischer Strom entfließt und umfließt über periodisch seine
Stärke verändert. Er konstruierte nun einen ganz einfachen
Apparat, den er am 26. Oktober 1861 im Hörsaal des polytechnischen
Kurses zu Frankfurt a. M. zum erstenmal einer zahlreichen Zu-
hörschaft vorführte. Dieser Tag ist der Geburtsort des Telephons.
In dem Vortrag, durch den Reis seine neue Erfindung erklärte,
äußerte er vom menschlichen Ohre aus. „Wie hier insofern der zum
Zweck dienende, welche ein mit derselben Geschwindigkeit erlangendes
Vibrations und Vibration des Membrans auf den Amboss (Hör-
chen im Ohre) bedingen und hierdurch nach dem Labirinth geleitet
wird, dem dort erdringenden Gehörner übermitteln werden, so läßt
Reis in seinem künstlichen Ohre den Strom einer an das Kammer-
chen angeschlossen, und an dem fernerhin Amboss, andererseits an
geschlossen galvanischen Setze durch die gegen die Membrane drin-
genden Schallwellen abwechselnd unterbrechen und schließen. In
diesem Stromunterbrecher — dem „Weber“, wie wir heute sagen
— liegt das wesentliche der Reisschen Erfindung.“ So löst er also
ein „künstliches Ohre“, das seine Sprache in Apparate auch in
Draht. Seine Erfindung fand jedoch keine Beachtung, nirgends
wurden seine Bestrebungen unterstützt. Selbst eine angelegene
Zeitschrift, die „Kongressberichte“, welche sich, eine
wissenschaftliche Erörterung von Reis über sein Telephon aufzu-
nehmen und darüber ihm die Arbeit anstellte mit dem lateinischen Be-
sehe: „Angelaubhaft.“ Zwei Jahre nach dem Tode des Meisters
des Telephons trat dann der Amerikaner Graham Bell mit seiner
Erfindung des elektrischen Fernsprechers hervor, der wahr-
scheinlich die Erfindung von Reis gekannt hat, aber nur erst mit
seinem als schwebende Membran eine Melodische verwendenden
Apparat der Idee des Fernsprechers zu ihrem Bestige verhalf.

geschlichen verwickelt war und die zudem noch — was nicht
minder schlimm — eine Südin ist. An die Duntelheit hat
sie sich gewöhnt, aufrecht und mit sicherem Schritt geht sie
in der Kammer auf und ab. Auch die anderen drei „Lebens-
kämpfer“ sind krank. Der Gefängnisarzt wohnt 30 Werft
von Ustauj entfernt und kommt selten ins Gefängnis; ein
Stranfbau gibt es da nicht.

Die Namen der 13 „Terminierten“ sind folgende: An-
tonina Gibenkoff, 15 Jahre Katorga. Ihr Mann, ein ehe-
maliger Oberst aus Wladivostok, ist jetzt ebenfalls auf
Katorga in Alexanderowst. Schon vor langer Zeit erhielt
sie die „prinzipielle“ Gemwiltigung, nach dem Befängnis
ihres Mannes abtransportiert zu werden, der zuständige
Gouverneur verweigert aber ihre Aufnahme. — Alexandra
Schumiloff, 15 Jahre Katorga. Lungentuberkulose. War
typischer Frau und hatte Gift genommen: wurde „getreitet“,
die Speiseröhre blieb verbrannt. — Albina Schubinberg,
Katorga, die in nächsten Jahre abgelassen sind. Sie wurde
in den Prozeß der Militärorganisation zu Tiflis verwickelt.
— Natalie Katorga, 4 Jahre Katorga, Ende — 1914;
Grund der Verteilung: Arbeit in einer geheimen Partei-
druckerei. — Elisabeth Farmakowski, 3 Jahre Katorga für
Krauth vom Anstehlungsgebiete. — Mabel Wegnowski, 3 Jahre
Katorga. Katharine Diebergall, 8 Jahre Katorga. Anna
Wigitt, 8 Jahre Katorga. Wera Solowjoff, 15 Jahre
Katorga. Alexandra Nachwelabie, 6 Jahre Katorga. Eugenie
Wieschoff, 8 Jahre Katorga. Marie Wordinhoff, 10 Jahre
Katorga. Die Verurteilten werden in den Gefängniswert-
stätten befristigt; sie müssen näher, striden in.

Am fernem, wüsten Sibirien ersticht in unlässlichen
Qualen, in mittelalterlicher Fester ein blühendes Menschen-
leben nach dem anderen, Frauen und Mädchen von jagen-
kafter Energie und oftmals großer geistiger Beobachtung.
Wer von diesen neunechn wird noch den blauen Himmel
sehen und das formige Licht — hinter den Mauern der zari-
schen Katenmatten?

Notizen.

Ein Mensch ohne Großhirn. In der Wochenchrift „Die Na-
turwissenschaften“, finden sich hochinteressante Mitteilungen von
Ehinger und Köhler über einen in der medizinischen Erziehung
einige dastehenden Fall. Es handelt sich nämlich um ein Kind von
3 1/2 Jahren, bei dem sich bei der Section das völlige Fehlen des
Gehirns, ja des ganzen als „Mensch“ bezeichneten Teiles des
Zentralnervensystems ergab. Allen Wirbeltieren ist das Gehirn
gemeinsam, das bei den Fischen allein vorhanden und insofern ist,
alle Funktionen zu erfüllen, die das Tier zur Selbsthaltung
braucht; bei den Amphibien, Reptilien, Vögeln und Säugetieren
entwickeln sich immer stärker die Willkürn des Gehirns.

In der physiologischen Literatur spielt seit Längerem der Ge-
richte Hund eine große Rolle, dem Gock das ganze Großhirn ent-
fernt hatte und der in diesem Zustande noch drei Jahre lebte. An
ihm konnten die Anpassungsvermögen genau studiert werden, die
der Verlust des Gehirns zur Folge hat, und es ergab sich dabei,
daß auch ohne diesen Apparat der Hund eine ganz reiche Lebens-
dauer zu führen vermöge. Er ist ruhig umher, konnte
dieser Leistungen vorbringen. Er ist ruhig umher, konnte
auch trinken, kauen und Schlaf nachstellen ab, beim Fressen
wird er nicht mehr sehen, treten und schmecken konnte, mit ihm in
Verbindung gebracht wurde. Wie sich aber ein Mensch ohne Ge-
hirn verhalten würde, darüber lagen bisher keine Erfahrungen vor
— bis auf den in Rede stehenden Fall.

Hier hat ein Kind seit vier Jahre lang gelebt, es liegen hin-
ter die Beobachtungen (des Mutter) während dieser Zeit vor, und
die Untersuchung ergab ein völliges Fehlen des Gehirns, wogegen
das Gehirn in allen seinen Teilen normal entwickelt ist und eine
von einem zweijährigen Kindes entspricht. Es ist nun erstaunlich,
wie viel weniger dieser Mensch ohne Großhirn zu leisten vermöge,
als der erwachsene Vollblut Hund. Das Kind hat in den ersten
Schläge gelassen die Jahre waren kontrakt, und ließ bemerkbar
Los lag das Wesen 3 1/2 Jahre da. Wie wurden die Hände zum
Greifen benutzt. Zum zweiten Jahre an hat das
Kind immerwählig gelächelt, durch Anderten, besonders des
Sprechens, konnte das Gekoch sofort gekocht werden. Es war nicht

